

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 5

vom 8. Februar 2013
Redaktion: Katja Richardt

Gesundheit und Verbraucherschutz

Gesunde Arbeitsplätze – Partnerschaft für Prävention in Hamburg nationaler Sieger..... 3

Inneres

Steigende Flüchtlingszahlen auch in Hamburg 5

Justiz und Gleichstellung

Frauen in Spitzenfunktionen! 8

Senat beschließt Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz 9

Nordkooperation zur Sicherungsverwahrung11

Schule, Jugend und Berufsbildung

Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund: jetzt um START-Stipendium bewerben.....13

VHS erschließt die Stadt als Lernraum15

Schulbehörde stellt Daten zum Unterrichtsausfall vor16

Stadtentwicklung

Neueröffnung des „Hamburg House“ in Shanghai18

Haushalt und Finanzen

Länder unterstützen HSH bei Garantierhöhung20

Wissenschaft und Forschung

Senat verleiht Dr. Rainer Maas den Ehrentitel „Professor“21

Kultur

„Verdienstkreuz am Bande“ für Frank Otto22

Prof. Weiss als Direktor des Helms-Museums bestätigt.....23

Wirtschaft und Hafen

Neue „Lotse 4“ getauft.....24

Neubau der Hafenbahn feiert Richtfest.....26

Zur Information

Terminkalender28

5. Februar 2013 /bgv05

Gesunde Arbeitsplätze – Partnerschaft für Prävention in Hamburg nationaler Sieger

ArbeitsschutzPartnerschaft Hamburg ist nationaler Sieger im Wettbewerb der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz

Auf der heutigen Sitzung des Arbeitskreises für Arbeitssicherheit (AKASI) berichtet Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks vor 350 Teilnehmer von einem großen Erfolg Hamburgs. Das hiesige Arbeitsschutz-Bündnis aus Sozialpartnern, Verbänden und Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz ist zum nationalen Sieger der für Deutschland eingereichten Beiträge für den elften Europäischen Wettbewerb für gute praktische Lösungen („European Good Practice Award“) im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit gekürt worden.

Bei der Preisverleihung im Rahmen der Kampagne „Gesunde Arbeitsplätze“ 2012-2013 werden Unternehmen bzw. Organisationen ausgezeichnet, die herausragende und innovative Beiträge zur Förderung der aktiven Zusammenarbeit von Unternehmensleitung und Mitarbeitern zur Verbesserung von Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit geleistet haben. Die nationalen Jury-Mitglieder (Focal Point, BAuA, DGUV, Bundesländer, DGB, BDA, GDA) haben nun entschieden, dass für Deutschland der Beitrag der ArbeitsschutzPartnerschaft Hamburg als erster nationaler Sieger ins Rennen um die Europäischen Preise gehen wird.

„Ich freue mich, dass die Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in Hamburger Betrieben so viel Anerkennung findet. Das zeigt, dass Erfolge im Arbeits- und Gesundheitsschutz in Kooperation aller Akteure und im Austausch mit der betrieblichen Praxis vorbildlich gelingen können“, so die **Hamburger Senatorin für Arbeitsschutz, Cornelia Prüfer-Storcks**. Die ArbeitsschutzPartnerschaft Hamburg wird jetzt als erster nationaler Sieger ins Rennen um die Europäischen Preise gehen. Die Mitteilung über die Entscheidung der europäischen Jury wird für April 2013 erwartet.

Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz sind eine große gesellschaftliche Aufgabe und betreffen gleichermaßen Unternehmen und ihre Beschäftigten. Die technologische Entwicklung, die anstehenden Veränderungen und der globalisierte Wettbewerb stellen täglich neue Herausforderungen, die nur von beiden Sozialpartnern gemeinsam gelöst werden können.

Dieses gilt grundsätzlich für alle Wirtschaftsbereiche; aber gerade Klein- und Mittelbetriebe (KMU) sind in der Lösungsfindung oft auf sich allein gestellt. Nur in Kooperation mit vergleichbaren Partnern können wirtschaftlich effektive Lösungen erarbeitet und erfolgreich in der Praxis umgesetzt werden.

Aus diesem Grund haben sich in Hamburg seit April 2005 die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Wirtschaftskammern, die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung und die für den Arbeitsschutz zuständige Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz in einer vertraglichen Vereinbarung zur Zusammenarbeit in der ArbeitsschutzPartnerschaft Hamburg zusammengeschlossen. Dabei stehen der Informationsaustausch und die Erarbeitung von konkreten Branchenlösungen und deren Umsetzung in der Praxis im Mittelpunkt. „Das dabei gewonnene Vertrauenspotential ist als sehr wichtig einzustufen und hat eine überaus positive Grundlage der Zusammenarbeit geschaffen“, so **Prüfer-Storcks**.

Website: www.hamburg.de/arbeitsschutzpartnerschaft

Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass Informationen über praxisgerechte Lösungen den Unternehmen und Beschäftigten nicht ausreichend bekannt sind und daher nicht in den Betrieben umgesetzt werden. Das Spektrum der Gefahren und Risiken, deren sich die ArbeitsschutzPartnerschaft Hamburg annimmt, ist vielfältig: Es reicht von „Arbeitsschutz in Kindertagesstätten“ bis zu „Alternsgerechtes Arbeiten“. Ein Schwerpunkt der Aktivitäten liegt bei Problemen in KMU: z.B. psychische Belastungen in der ambulanten Pflege, Lärminderung in Kindertagesstätten, Umgang mit Gefahrstoffen in Kfz-Werkstätten, Sensibilisierung von Jugendlichen für den Arbeitsschutz beim Arbeiten im Büro. Dabei werden auch Themen der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie z.B. „Arbeitsschutz in Schulen“ aufgegriffen und regional umgesetzt. Problemlösungen vor Ort werden gemeinsam von den Partnern der ArbeitsschutzPartnerschaft beraten, geplant und unter Einbeziehung weiterer Experten und Expertinnen u.a. in Pilotbetrieben mit Beteiligung von Unternehmensleitungen und Beschäftigten durchgeführt. Die Unternehmen und deren Beschäftigte werden in die Gestaltung eines präventiven Arbeitsschutzes aktiv, systematisch, eigenverantwortlich und partnerschaftlich einbezogen als Kenner der Problematik vor Ort. Darüber hinaus unterstützt die ArbeitsschutzPartnerschaft Hamburg moderne, entbürokratisierte und dienstleistungsorientierte Aufsichtsmethoden.

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

4. Februar 2013/bis04

Steigende Flüchtlingszahlen auch in Hamburg

Jahresbilanz der Ausländerbehörde für das Jahr 2012

Einreise und Aufenthalt von Flüchtlingen

Im Jahr 2012 ist die Zahl der Asylanträge im Vergleich zum Vorjahr aufgrund des verstärkten Zulaufs von Flüchtlingen bundesweit von 45.741 auf 64.539 sprunghaft angestiegen. Da Asylbewerber nach einem Schlüssel auf die Bundesländer verteilt werden, erhöhte sich auch der auf Hamburg entfallene Anteil. Dies hatte zur Folge, dass auch in Hamburg kurzfristig zusätzliche Plätze für die Erstaufnahme von Flüchtlingen zur Verfügung gestellt werden mussten. Dazu **Hamburgs Innensenator Michael Neumann:** „Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Einwohner-Zentralamts haben hervorragend auf den in dieser Höhe unerwarteten Zustrom reagiert, die Stadt hat zügig die Erstaufnahmekapazitäten aufgestockt und für eine menschenwürdige Unterbringung gesorgt.“

Von den 5.022 Personen, die im Jahr 2012 in Hamburg Asyl beantragt haben, wurden 2.931 Personen anderen Bundesländern zugewiesen, 2.091 Personen verblieben in Hamburg (im Jahr 2011 waren es 1.546 Personen). Im Rahmen der Erstaufnahme hat insbesondere auch die Zahl der Personen zugenommen, die öffentlich untergebracht werden mussten, nämlich von 931 im Jahr 2011 auf 1.559 im Jahr 2012. Während im ersten Halbjahr 2012 noch 503 Asylsuchende untergebracht werden mussten, hat sich die Zahl im zweiten Halbjahr auf 1056 mehr als verdoppelt.

Die 2.091 Hamburg zugewiesenen Asylsuchenden stammen aus folgenden Hauptherkunftsländern, im Vergleich dazu jeweils die Gesamtzahl der Asylsuchenden vor erfolgter Verteilung:

Hauptherkunftsländer	Zahl der Personen			
	2012		2011	
	Insgesamt	Verbleib in Hamburg	Insgesamt	Verbleib in Hamburg
Afghanistan	1.516	659	1.730	767
Iran	700	223	405	111
Serbien	458	288	221	106
Mazedonien	367	197	117	80
Syrien	266	150	69	42

Hauptherkunftsländer	Zahl der Personen			
	2012		2011	
Montenegro	164	70	50	36
Bosnien und Herzegowina	144	120	12	9
Irak	114	75	221	71
Ägypten	93	33	70	27
Russische Föderation	89	32	73	16

Im Jahr 2012 hat es einen deutlichen Anstieg der Flüchtlinge aus den Balkanstaaten gegeben, von den 1.133 Asylsuchenden sind 675 Hamburg zugewiesen worden, im Jahr 2011 war das Verhältnis 400 zu 231 Personen. Zum Stand 31.12.2012 befanden sich insgesamt 1.963 Personen (Quelle: Ausländerzentralregister) in einem laufenden Asylverfahren, ein Jahr zuvor waren es 1.293 Personen.

Ist das Asylverfahren durch ablehnenden Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge vollziehbar abgeschlossen und gerichtlich bestätigt worden, sind die Betroffenen zur Ausreise verpflichtet. Kann die Ausländerbehörde diese Verpflichtung nicht durchsetzen, weil z.B. die notwendigen Heimreisedokumente fehlen, wird der Aufenthalt bis zur Beseitigung des Hindernisses geduldet. Am 31.12.2012 waren 4.323 Personen als Inhaber einer Duldung erfasst, Ende 2011 waren es 4.069. Aufgrund der gestiegenen Asylbewerberzahlen nahm auch die Zahl der Duldungsinhaber aus den vorgenannten Gründen zu.

Bleiberecht

Mit dem im Jahr 2005 in Kraft getretenen Aufenthaltsgesetz wurden die rechtlichen Möglichkeiten erweitert, ein Aufenthaltsrecht aus humanitären Gründen zu gewähren.

Im Jahre 2012 sind 1.194 positive Entscheidungen aufgrund humanitärer Erwägungen, die auf verschiedenen Rechtsgrundlagen beruhen, getroffen worden. Dazu zählen auch 27 Personen, für die die Härtefallkommission ein positives Votum abgegeben hat; damit ist die Innenbehörde allen Ersuchen der Härtefallkommission gefolgt. 2011 waren insgesamt 718 positive Entscheidungen getroffen worden. Der Anstieg ergibt sich u.a. aus der zunehmenden Zahl von Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, das insbesondere bei afghanischen und syrischen Staatsangehörigen einen Abschiebungsschutz feststellt. **Innensenator Michael Neumann:** „Es ist wichtig, gerade jungen Menschen eine Perspektive zu geben, selbst wenn die Eltern in der Vergangenheit gegen aufenthaltsrechtliche Vorschriften verstoßen haben. Der Senat hat dazu bereits im vergangenen Jahr eine Bundesrats-Initiative gestartet, die wir konsequent weiterverfolgen werden.“

Rückführungen

Im Jahr 2012 wurden 513 Personen zurückgeführt, 2011 waren es 445 Personen. Die Zahl der überwachten Ausreisen ist von 161 im Jahr 2011 auf 254 im Jahr 2012 gestiegen. Die aus Haft erfolgten Rückführungen sind dagegen auf 160 Personen zurückgegangen, im Vorjahr waren es noch 221. Mit der überwachten Ausreise wurde zunehmend das mildere Mittel gegenüber der Abschiebungshaft gewählt. Die Zahl der Überstellungen in Drittländer ist von 78 auf 55 Personen zurückgegangen. **Innensenator Michael Neumann:** „Rückführungen sind notwendig, um Recht und Gesetz durchzusetzen. Eine Zuwanderung kann es nur unter den vom Bundesgesetzgeber vorgesehenen Voraussetzungen geben.“

Signifikante Änderungen bei den Hauptherkunftsländern der zurückgeführten oder in Drittländer überstellten Personen hat es im Jahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr nicht gegeben:

Hauptherkunftsländer	Zahl der Personen	
	2012	2011
Serbien	75	88
Mazedonien	57	36
Türkei	53	59
Ghana	39	24
Polen	24	32

Rückfragen der Medien:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2673

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

sowie:

Behörde für Inneres und Sport, Einwohner-Zentralamt

Norbert Smekal, Tel.: 040 – 42839-2403

E-Mail: pressestelle@eza.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/eza

04. Februar 2013/pa04

Frauen in Spitzenfunktionen!

Nach einem erfolgreichen Auftakt im Herbst vergangenen Jahres setzte das Personalamt der Freien und Hansestadt Hamburg mit einer Veranstaltungsreihe am 04. Februar 2013 seine Reihe „Frauen in Spitzenfunktionen“ fort.

Auch in der Hamburger Verwaltung sind Frauen auf den obersten Führungsebenen noch unterrepräsentiert. Mit der Veranstaltungsreihe will das Personalamt das Interesse weiblicher Führungskräfte an einer Karriere wecken, die Vernetzung untereinander fördern sowie Vorbilder für den weiblichen Führungsnachwuchs schaffen.

In ihren Vorträgen bei der Veranstaltung machten Justiz- und Gleichstellungssenatorin Jana Schiedek und Thomas Sattelberger, ehemaliger Personalvorstand der Deutschen Telekom AG, vor etwa 70 weiblichen Spitzenkräften der Hamburger Verwaltung deutlich, dass gemischte Teams eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg von Organisationen seien. Dies gelte nicht nur für eine ausgewogene Repräsentanz von Frauen und Männern im Management, sondern auch in Aufsichtsräten und Gremien.

Justiz- und Gleichstellungssenatorin Jana Schiedek: „Was für die private Wirtschaft gilt, muss natürlich auch für die Verwaltung gelten. Da wollen wir mit gutem Beispiel vorangehen, beispielsweise durch die Reform des Gleichstellungsgesetzes oder bei der Besetzung von Gremien. Die Veranstaltungsreihe ergänzt diese Maßnahmen und bietet Frauen die Chance sich auszutauschen, zu vernetzen und vom Wissen und den Erfahrungen anderer Frauen zu profitieren.“

Thomas Sattelberger: „Die Initiativen müssen in beiden Bereichen – in der öffentlichen Verwaltung genauso wie in der Privatwirtschaft - Hand in Hand gehen. Die einen sind ohne die anderen nicht nachhaltig glaubwürdig und stabil“.

Rückfragen:
Bettina Lentz, Leiterin des Personalamtes
Tel.: 040 – 428 31 1505/1506
Fax: 040-428 31 2420
E-Mail: Bettina.Lentz@personalamt.hamburg.de

5. Februar 2013/bj05

Sicherungsverwahrung

Senat beschließt Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz

In seiner heutigen Sitzung hat der Senat den Entwurf des Hamburgischen Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetzes verabschiedet. Der Entwurf wird nun der Bürgerschaft zur Beratung zugeleitet. Das Bundesverfassungsgericht hatte dem Bund und den Ländern aufgegeben, die Sicherungsverwahrung bis zum 1. Juni 2013 vollständig neu zu regeln.

Staatsrat Dr. Kleindiek: „Wir werden den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts entsprechend einen freiheitsorientierten und therapiegerichteten Vollzug der Sicherungsverwahrung einführen. Unser Ziel ist es, die Bevölkerung wirksam vor weiteren Straftaten zu schützen. Die Sicherungsverwahrten werden wie bisher in einer gesonderten Abteilung der Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel untergebracht. Durch umfangreiche therapeutische Maßnahmen soll die Gefährlichkeit der Täter gemindert werden.“

Der Vollzug der Sicherungsverwahrung wird erstmalig in einem eigenständigen Gesetz geregelt. Die wesentlichen Grundlagen wurden gemeinsam mit den anderen Ländern erarbeitet. Während des Vollzugs der Sicherungsverwahrung müssen sie nach den Vorgaben des Verfassungsgerichts deutlich bessergestellt werden als Strafgefangene. Nach dem vorgelegten Gesetzentwurf haben sie zum Beispiel einen Anspruch auf größere Zimmer, dürfen sich selbst verpflegen, können mehr Gegenstände besitzen, dürfen häufiger Besuch empfangen, können sich außerhalb der Nachtruhe in der Abteilung und dem eigenen Außenbereich frei bewegen und unbegrenzt Pakete empfangen.

Schon während des Vollzuges der Strafhaft sind die Gefangenen, bei denen eine Sicherungsverwahrung vorbehalten oder angeordnet wurde, möglichst zu therapieren, damit eine Vollstreckung der Sicherungsverwahrung vermieden werden kann. Sie sind dazu einer umfassenden, an wissenschaftlichen Kriterien ausgerichteten Behandlungsuntersuchung zu unterziehen. Auf dieser Grundlage ist der weitere Vollzug auszugestalten. In dem Gesetz wird ein Recht der Untergebrachten auf eine wissenschaftlich fundierte therapeutische Behandlung eingeführt. Sie ist individuell auszugestalten, wenn Standardangebote keinen Erfolg versprechen oder keine Wirkung zeigen. Die Sicherungsverwahrten sind zu motivieren, sich auf die Behandlung einzulassen.

Ziel der Sicherungsverwahrung ist der Schutz der Allgemeinheit vor weiteren erheblichen Straftaten. Sie ist strikt von der Strafhaft zu unterscheiden. Sämtliche Personen, die eine Sicherungsverwahrung antreten, haben ihre Strafe bereits verbüßt. Untergebracht werden die Sicherungsverwahrten in der JVA Fuhlsbüttel. Hamburg hat dort im Jahr 2011 eine neugestaltete Abteilung mit drei Stationen und 31 Plätzen für Sicherungsverwahrte in Betrieb genommen. Aktuell sind 13 Plätze belegt. Fünf weitere Sicherungsverwahrte befinden sich in der Sozialtherapeutischen Anstalt in Fuhlsbüttel.

Staatsrat Dr. Kleindiek: „In der Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel profitieren die Sicherungsverwahrten von den umfangreichen Angeboten einer großen Justizvollzugsanstalt. Sie können zum Beispiel zahlreiche Arbeits-, Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote wahrnehmen. Die Nähe zur Sozialtherapeutischen Anstalt ermöglicht differenzierte therapeutische Maßnahmen.“

Rückfragen der Medien:

Dr. Sven Billhardt

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

7. Februar 2013/bjg07

Nordkooperation zur Sicherungsverwahrung

Jana Schiedek und Anke Spoorendonk unterzeichnen Staatsvertrag

Die Hamburger Senatorin für Justiz und Gleichstellung Jana Schiedek und die schleswig-holsteinische Ministerin für Justiz, Kultur und Europa Anke Spoorendonk haben heute einen Staatsvertrag zur Zusammenarbeit bei der Sicherungsverwahrung unterzeichnet. Ab dem 1. Juni 2013 sollen bis zu elf Sicherungsverwahrte aus Schleswig-Holstein in der Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel untergebracht werden. Dem Staatsvertrag müssen nun beide Parlamente zustimmen.

Hamburgs Justizsenatorin Jana Schiedek: „Mit dem Staatsvertrag schaffen wir eine gute und verlässliche Grundlage für die zukünftige Zusammenarbeit. Das ist gut für Hamburg und Schleswig-Holstein. Die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit der letzten Jahre zahlt sich für beide Länder aus.“

Kiels Justizministerin Anke Spoorendonk: „Ich freue mich sehr über diese Kooperation gerade auf einem justizpolitisch so sensiblen Gebiet. Und ich bin meiner Hamburger Kollegin dafür sehr dankbar. Damit haben wir die rechtlichen Grundlagen geschaffen, um die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes vom Mai 2011 zu erfüllen.“

Anlass für die Kooperation ist eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2011. Danach müssen Sicherungsverwahrte ab dem 1. Juni 2013 deutlich besser untergebracht werden als Strafgefangene. In Anbetracht des hohen Zeitdrucks ermöglicht die Kooperation Schleswig-Holstein die verfassungskonforme Unterbringung seiner Sicherungsverwahrten, ohne eine eigene Einrichtung bauen zu müssen, die den Anforderungen aus Karlsruhe genügt. Das Land wird künftig bis zu elf freie Plätze für Sicherungsverwahrte in der JVA Fuhlsbüttel nutzen und dafür jährlich rund eine Millionen Euro abzüglich einer geringen Pauschale für nicht genutzte Plätze an Hamburg überweisen. Es gilt der Grundsatz, dass die schleswig-holsteinischen Unterbrachten nach Schleswig-Holstein entlassen werden. Sie werden deshalb rechtzeitig zur Vorbereitung der Entlassung in eine Einrichtung des Landes Schleswig-Holstein (z.B. die JVA Lübeck) zurückverlegt.

Die Sicherungsverwahrten werden in der Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel untergebracht. Dort wurde Anfang 2011 eine neugestaltete Abteilung mit drei Stationen und 31 Plätzen in Betrieb genommen. Aktuell sind 13 Plätze belegt. In der Sicherungsverwahrung sind die Untergebrachten deutlich bessergestellt als Strafgefangene. Die Zimmer sind mit rund 17,5 qm doppelt so groß wie normale Hafträume. Zwei Zimmer mit einer Größe von rund 24 qm wurden behindertengerecht ausgestaltet. Sie dürfen sich selbst verpflegen, haben das Recht häufiger einzukaufen, dürfen mehr Gegenstände besitzen, dürfen mehr Besuch empfangen, können sich außerhalb der Nachtruhe in der Abteilung und dem eigenen Außenbereich frei bewegen, mehr telefonieren und unbegrenzt Pakete empfangen. In Fuhlsbüttel profitieren sie von dem umfangreichen Angebot einer großen Justizvollzugsanstalt. Sie können zum Beispiel in vielfältiger Weise arbeiten, sich schulen oder qualifizieren, an Sportkursen oder Kochgruppen teilnehmen oder die mit 3.000 Werken ausgestattete Bibliothek nutzen. Die Nähe zur Sozialtherapeutischen Anstalt ermöglicht differenzierte therapeutische Behandlungen.

Mit der Einigung wird die Nord-Kooperation im Bereich der Justiz weiter vertieft. Seit den 50er Jahren verfügen Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg über einen gemeinsamen Zollsensat beim Finanzgericht Hamburg. Im Gemeinsamen Prüfungsamt am Dammtorwall wird seit vielen Jahren zusammen mit Schleswig-Holstein und Bremen die Zweite Juristische Staatsprüfung abgenommen. Seit Mitte 2010 können Gefangene aus Schleswig-Holstein im Zentralkrankenhaus der Untersuchungshaftanstalt am Holstenglacis behandelt werden. Zuletzt wurde im vergangenen Jahr beim Hanseatischen Oberlandesgericht Hamburg ein gemeinsamer Staatsschutzsenat der Länder Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg gegründet.

Rückfragen der Medien:

Dr. Sven Billhardt

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

5. Februar 2013/bsb05

Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund: jetzt um START-Stipendium bewerben!

In Hamburg können sich ab sofort wieder Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund für ein START-Stipendium bewerben, mit dem sie durch 5 Partner ideell und materiell gefördert werden. Kurzbewerbungen sind vom 1. Februar bis zum 1. März 2013 im Internet unter www.startstiftung.de abzugeben.

Das von der START-Stiftung – ein Projekt der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung – gGmbH 2002 ins Leben gerufene Stipendium begleitet die Jugendlichen auf ihrem Weg zum Fach-/Abitur. Zu den Bewerbungsvoraussetzungen zählen neben dem familiären Migrationshintergrund besonders ihr gesellschaftliches Engagement und gute Schulnoten. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten erhalten eine intensive ideelle Förderung im Bildungsbereich und materielle Unterstützung. In Hamburg werden diese aktuell von der START-Stiftung und folgenden weiteren Partnern ermöglicht: Dürr-Stiftung Hamburg, Freie und Hansestadt Hamburg – Behörde für Schule und Berufsbildung, The Ginkgo-Foundation, Jürgen Sengpiel Stiftung.

Ties Rabe, Senator für Schule und Berufsbildung: „Kinder und Jugendliche, die in mehr als einer Sprache ‚zu Hause‘ sind, bereichern unsere Schulen – mit der Vielfalt ihrer Kulturen und Traditionen, mit ihren Bräuchen und Religionen, mit ihren Fertigkeiten und ihrem Wissen, mit ihren Sprachen und ihrem Blick auf die Dinge. Sie vermitteln zwischen den ‚Welten‘ und sorgen dafür, dass Grenzen überwunden werden. Sie dabei zu unterstützen, ist richtig und wichtig. Das START-Stipendium bietet Chancen und schafft wertvolle Freiräume.“

Engagement zählt

Robert Hasse, Geschäftsführer der START-Stiftung gGmbH, erklärt: „Obwohl kulturelle Vielfalt in unserer Gesellschaft zunehmend als Bereicherung wahrgenommen wird, erzeugen noch immer Unterschiede in der sozialen Herkunft und in der Anerkennung von Leistungen eine Kluft zwischen jungen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Genau hier setzt START mit seiner Stärkung von Bildungschancen an. Zudem ermutigt das Programm die Stipendiaten zu Engagement und zur Übernahme von sozialer Verantwortung.“

Dazu sieht das Stipendium die materielle Unterstützung in Form von monatlich 100 Euro Bildungsgeld und bei Bedarf einer PC-Grundausstattung sowie die ideelle Förderung vor: verpflichtende Bildungsseminare aus den Bereichen Persönlichkeitsentwicklung, Demokratie, Medien- und interkulturelle Kompetenz und Rhetorik sowie frei wählbare Seminare mit künstlerischem, sozial- und naturwissenschaftlichem, wirtschaftlichem und sportlichem Schwerpunkt. Ergänzend können Besuche von Kulturveranstaltungen, Exkursionen in Unternehmen, Vereine, öffentliche Einrichtungen, Arbeitsgemeinschaften sowie Beratungen für die Ausbildungs-, Studien- und Lebensplanung wahrgenommen werden.

Eingeladen sind ausdrücklich Schülerinnen und Schüler aller Schulformen. „Wir freuen uns über jeden Bewerber für ein Schülerstipendium; wir möchten auch und insbesondere Schüler von Stadtteilschulen, die das Abitur anstreben, ermuntern, sich um ein Schülerstipendium zu bewerben. Neben guten schulischen Leistungen sind uns auch außerschulisches und soziales Engagement, z. B. in Vereinen, Jugendgruppen o. ä. wichtig“, sagt Jürgen Sengpiel, Vorsitzender der Jürgen Sengpiel Stiftung, im Namen der weiteren Partner in Hamburg.

Bei der Bewerbung sollten die in Hamburg lebenden Jugendlichen die 8. oder 9. Klassenstufe (bei 12-jähriger Schulzeit) bzw. die 9. oder 10. Klassenstufe (bei 13-jähriger Schulzeit) besuchen. Die Bewerbung erfolgt online unter www.start-stiftung.de. Im ersten Schritt ist eine Kurzbewerbung gefragt, auf die bei überzeugenden Inhalten eine ausführlichere Bewerbung folgt. Die finale Auswahl der Stipendiatinnen und Stipendiaten wird nach persönlichen Gesprächen, die vor den Sommerferien stattfinden, getroffen. Die Aufnahme in das Stipendium erfolgt dann zum Beginn des Schuljahres 2013/2014.

Hintergrund

Die Gemeinnützige Hertie-Stiftung hat das START-Schülerstipendienprogramm im Jahre 2002 mit rund 20 Stipendien in Hessen begonnen. Heute unterstützen über 120 Kooperationspartner das Programm – Stiftungen, Kultusministerien, Kommunen, Privatpersonen, Unternehmen und Vereine. Seit 2007 führt die START-Stiftung gemeinnützige GmbH als Tochtergesellschaft der Hertie-Stiftung das Programm durch. Im Schuljahr 2012/2013 werden insgesamt rund 720 Schülerinnen und Schüler aus etwa 90 Herkunftsländern gefördert. Zusammen mit den Ehemaligen profitier(t)en rund 1.600 Schüler von dem Programm. START ist in den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen vertreten.

Für Rückfragen der Medien:

START-Stiftung gGmbH Silke Güttler Tel: (069) 66 12 48 52 E-Mail: S.Guettler@icpahl.de Internet: www.start-stiftung.de	Behörde für Schule und Berufsbildung Peter Albrecht, Pressesprecher Tel: (040) 4 28 63 – 2003 E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de , Internet: www.hamburg.de/bsb
--	--

5. Februar 2013/bsb05a

„StadtTräume-Lernräume“

VHS erschließt die Stadt als Lernraum!

Die Hamburger Volkshochschule fragt im Rahmen ihres neuen Schwerpunktthemas „StadtTräume-Lernräume“ nach individuellen Vorstellungen, städtischen Planungen und Weiterbildungspotenzialen. Neben Information und Diskussion gibt es kreative, virtuelle und praktische Möglichkeiten, die persönlichen Vorstellungen von einer lebenswerten Stadt zu verwirklichen, so z.B. mit einem Perspektivwechsel beim alternativen Stadtrundgang mit Hinz&Kunzt.

Die Geschäftsführung der VHS hebt aus dem Programmangebot von über 150 Veranstaltungen, Rundgängen, Bildungsurlauben und Kursen zum Schwerpunktthema die 2 zentralen, öffentlichen und kostenlosen, hervor:

„StadtTräume Selbermachen“ und „Lernräume in der Stadt - wo bleibt die Weiterbildung?“

Die VHS nutzt die Stadt als Lern- und Inspirationsraum für Kreativität, für Kunst und Kultur, für Bewegung, zum Sprachenlernen: z.B. das Gelände der „internationalen gartenschau hamburg“ (igs) als aktivierenden Lernraum zum Zeichnen und Malen, Schreiben, Singen, Meditieren oder Fotografieren. Für Teilnehmende an den VHS-Angeboten zur igs gelten vergünstigte Eintrittspreise.

Beim Wettbewerb „Mein liebster Lernort in der Stadt“, der auf der Homepage unter www.vhs-hamburg.de stattfindet, ist ab sofort jede/r aufgerufen, mitzumachen.

Insgesamt startet die VHS mit mehr als 4.000 Kursen ins Frühjahrssemester (ab 4.2.2013). Alle Angebote sind auf der Homepage unter www.vhs-hamburg.de schnell und individuell komfortabel zu finden und rund um die Uhr buchbar. Es bestehen vielfältige Ermäßigungsmöglichkeiten.

Ein kostenloser monatlicher Newsletter informiert über besondere Angebote und Kurse des Monats. Seit kurzem ist die VHS auch auf Facebook vertreten. Kostenlose Regionalprogramme gibt es in den regionalen VHS-Zentren, den Hamburger Bücherhallen, Sparda-Bank- und Budnikowsky-Filialen.

Für Rückfragen der Medien:

Hamburger Volkshochschule
Dr. Antje von Rein (Presse)
Schanzenstraße 75
20357 Hamburg
a.v.rein@vhs-hamburg.de
Tel. 040/42841-2777 (Di.-Do.)

Alle Informationen unter: www.vhs-hamburg.de

8. Februar 2013/bsb08

Schulbehörde stellt Daten zum Unterrichtsausfall vor

Schulsenator Ties Rabe hat erstmals Zahlen zum Unterrichtsausfall an Hamburgs Schulen erhoben und vorgestellt. Demnach sind in den Monaten November und Dezember 2012 rund 1,8 Prozent der Unterrichtsstunden ausgefallen. Weitere knapp 10 Prozent der Unterrichtsstunden werden nicht wie im Stundenplan vorgesehen erteilt, aber angemessen vertreten oder durch außerschulische Veranstaltungen wie zum Beispiel Museumsbesuche ersetzt. Ties Rabe: „Wir wollen in allen Schulen und Klassenstufen für guten Unterricht sorgen und deshalb den Unterrichtsausfall weiter verringern. Deshalb wird jetzt erstmals in Hamburg in allen Schulen der Unterrichtsausfall wöchentlich genau erfasst. Gemeinsam mit Schulleitungen und Fachleuten werden wir die Daten analysieren und Schritte einleiten, um den Unterrichtsausfall weiter abzusenken.“

Die Auswertung der Daten von November und Dezember 2012 ergab, dass von 1,44 Millionen Unterrichtsstunden an Hamburgs Grundschulen, Stadtteilschulen, Gymnasien und Sonderschulen 1,27 Millionen (88 Prozent) planmäßig erteilt wurden. Knapp 10 Prozent der Unterrichtsstunden wurden vertreten, davon 4 Prozent im selben Fach durch eine andere Lehrkraft, knapp 2 Prozent in einem anderen Fach, 1 Prozent durch einen Arbeitsauftrag und 3 Prozent wurden in anderer Form unterrichtet, beispielsweise in Projekten oder Exkursionen. 1,8 Prozent aller Unterrichtsstunden entfielen ersatzlos.

Besonders gut schnitten die Grundschulen ab, bei denen weniger als 0,1 Prozent der Unterrichtsstunden ersatzlos entfielen. Die Betreuungsgarantie der „verlässlichen Grundschule“ wird offensichtlich erfolgreich umgesetzt. Bei den Gymnasien fallen je nach Jahrgangsstufe bis zu 3,4 Prozent der Unterrichtsstunden aus, bei den Stadtteilschulen bis zu 3,6 Prozent und bei den Sonderschulen bis zu 1,8 Prozent.

Aus Sicht der Schulbehörde geben die Rückmeldungen der ersten zwei Monate Hinweise darauf, dass sich der Unterrichtsausfall im Vergleich zu früheren Jahren verringert hat. Die Entscheidung, den Schulen Vertretungs- und Organisationsmittel im Rahmen der Selbstverantwortung zuzuweisen, ermöglicht es den Schulen offenbar, mittel- und langfristig flexibler auf Vertretungsfälle reagieren zu können. Die Schulbehörde weist den Schulen Vertretungsmittel in Höhe von mindestens 4,8 Prozent über dem Gesamtbedarf zu. Die Schulen können Vertretungsstellen ausschreiben und direkt in Kontakt mit Bewerberinnen und Bewerbern treten. In Einzelfällen werden die Schulen durch die zuständigen Personalreferenten bei der Lösung von Personalengpässen unterstützt.

Ties Rabe: „Die Gründe für Abweichungen vom Stundenplan sind vielfältig. Erkrankte Lehrkräfte, Elternsprechtage, Klassenreisen, Abiturprüfungen, Berufspraktika, Museumsbesuche und andere Angebote können dazu beitragen. Entscheidend ist eine angemessene Vertretungslösung. Deshalb müssen wir die Zahlen sorgfältig analysieren und Wege suchen, den Unterrichtsausfall weiter zu verringern. Der Anfang ist gemacht, aber es gibt noch einiges zu tun.“

Für Herbst 2013 ist die Einführung einer systematischen und automatisierten Erfassung des Unterrichtsausfalls durch eine spezielle Software vorgesehen.

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bsb

04. Februar 2013/bsu04

Neueröffnung des „Hamburg House“ in Shanghai

Nachhaltige Nutzung für Hamburg

Ein highlight der EXPO 2010 in Shanghai war das „Hamburg House“ – ein hochmodernes energiesparendes Gebäude und Chinas erstes zertifiziertes Passivhaus. Hamburgs Präsentation war ein voller Erfolg: Zwischen Mai und Oktober 2010 wurden mehr als eine halbe Million Besucher gezählt, die sich über Kultur, Leben, Reisen und Wirtschaft Hamburgs informierten, ebenso wie über nachhaltiges Bauen und nachhaltige Stadtentwicklung.

Nach Ende der Weltausstellung baut Shanghai das Expo-Gelände zu einem neuen Stadtteil um. Neben internationalen Unternehmen befinden sich hier Kultureinrichtungen, wie das Shanghai Museum of Contemporary Art, ausländische Vertretungen, Restaurants und Stadtplanungsinstitute. Für das Hamburg House wurde ein langfristiges Konzept für Hamburgs Darstellung in Shanghai und für die Promotion nachhaltigen Bauens made in Germany entwickelt.

Jetzt hat Staatsrat Wolfgang Schmidt, Bevollmächtigter der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund, der Europäischen Union und für auswärtige Angelegenheiten, in Shanghai das Hamburg House neu eröffnet - mit besonders günstigen Mietkonditionen.

Neben der Vertretung Hamburgs in China, dem Hamburg Liaison Office, befindet sich ein norddeutsches Restaurant mit hamburgisch-maritimer Atmosphäre im Gebäude. Weitere Nutzer sind Unternehmen und deutsche Kulturinstitutionen.

Das Hamburg House ist ein Gemeinschaftsprojekt von Senatskanzlei, Kulturbehörde und Hamburg Marketing GmbH unter Leitung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt. Es ist in Anlehnung an die Speicherstadt ein Backsteinbau. Der Energiestandard entspricht neusten europäischen Klimaschutzanforderungen.

Mit der Neueröffnung ist das Ziel erreicht, mit dem Hamburg House einen langfristig nutzbaren Anlaufpunkt und ein Zentrum deutscher Aktivitäten in Chinas größter Stadt zu schaffen. Hamburg

präsentiert sich so weiterhin in seiner Partnerstadt und setzt ein Zeichen für ökologisch nachhaltige Architektur.

Fotos vom Hamburg House und der Neueröffnung mit Staatsrat Schmidt gern auf Anfrage.

Kontakt: Beh. f. Stadtentwicklung u. Umwelt, Pressestelle, Volker Dumann, 040-42840-3249, pressestelle@bsu.hamburg.de

07. Februar 2013/fb07

Finanzministerium
des Landes
Schleswig-Holstein 

Länder unterstützen HSH bei Garantierhöhung

Der Aufsichtsrat der HSH Nordbank hat gestern die neue Mittelfristplanung des Vorstands zur Kenntnis genommen. Zur Stärkung der Kapitalquoten wurden die Länder um eine Erhöhung des Garantierahmens von 7 auf 10 Mrd. Euro ersucht. Finanzministerin Monika Heinold und Finanzsenator Peter Tschentscher begrüßten, dass nunmehr Klarheit darüber herrsche, wie die HSH Nordbank den Belastungen der Schifffahrtskrise und den Risiken der Dollar-Kursentwicklung begegne. „Wir nehmen die Verantwortung der Länder sehr ernst“, betonten Heinold und Tschentscher heute. Sie werden die erforderlichen Schritte zur Garantierhöhung einleiten und die parlamentarischen Gremien hierüber fortlaufend unterrichten.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Björn Domroese
Telefon (040) 428 23 - 2033, Telefax (040) 4279 23 - 866
E-Mail: bjoern.domroese@fb.hamburg.de

Pressestelle des Finanzministeriums Schleswig-Holstein, Sebastian Schaffer
Telefon (0431) 988 3906, Telefax (0431) 988 616 3906
E-Mail: sebastian.schaffer@fimi.landsh.de

8. Februar 2013/bwf08

Senat verleiht Dr. Rainer Maas den Ehrentitel „Professor“

Anerkennung für außerordentliche Verdienste um das medizinhistorische Wissen der Stadt und die Herrichtung denkmalgeschützter Gebäude im UKE

Der Hamburger Senat hat dem Hamburger Arzt Priv.-Doz. Dr. Rainer Maas den Ehrentitel „Professor“ verliehen. Der Radiologe erhält die Auszeichnung für sein langjähriges Engagement für die Restaurierung von Baudenkmalern sowie seinen Einsatz für die Errichtung eines Medizinhistorischen Museums am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE).

Wissenschaftssenatorin **Dr. Dorothee Stapelfeldt** hat den Ehrentitel heute im Rahmen eines Senatsempfangs im Turmsaal des Hamburger Rathauses verliehen: „Mit seinem langjährigen hervorragenden Engagement hat Dr. Rainer Maas entscheidend dazu beigetragen, das Erika-Haus und das alte Institutsgebäude der Pathologie – das heutige Fritz Schumacher-Haus – zu erhalten. Die beiden denkmalgeschützten historischen Gebäude sind von großer Bedeutung für das Universitätsklinikum und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Durch sein Wirken hat Dr. Maas seinen vorbildlichen Einsatz für die wissenschaftlichen und kulturellen Belange der Stadt Hamburg unter Beweis gestellt.“

Das restaurierte Erika-Haus gibt wissenschaftlichen Tagungen und Festveranstaltungen im UKE einen herausragenden Rahmen und wird für zahlreiche medizinische Informationsveranstaltungen, Vorträge, Fortbildungen, Dichterlesungen, Unterhaltung und Konzerte genutzt. Im restaurierten Fritz-Schumacher-Haus werden Räumlichkeiten für das Medizinhistorische Museum Hamburg geschaffen, mit dem die Öffentlichkeit Zugang zu wertvollen medizinhistorischen Kulturgütern erhält. Dank des uneigennütigen Engagements von Dr. Maas war es unter anderem möglich, das alte Institutsgebäude zu restaurieren und für die Einrichtung des Medizinhistorischen Museums vorzubereiten sowie die für die musealen Forschungen wichtige Infrastruktur am UKE zu schaffen.

Priv.-Doz. Dr. Rainer Maas hat sich im Fachgebiet Radiologie habilitiert und arbeitet als Facharzt für Radiologie in privater Praxis in Hamburg. Seine wissenschaftliche Karriere setzte er auch nach dem Ausscheiden aus dem Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE) im Jahr 2000 fort. Zudem publiziert er weiterhin wissenschaftliche Arbeiten.

Rückfragen

Behörde für Wissenschaft und Forschung
Pressesprecher

Dr. Alexander von Vogel
Tel: 040/42863-2322

E-Mail: alexander.vonvogel@bwf.hamburg.de

6.2.2013/kb06

„Verdienstkreuz am Bande“ für Frank Otto

Hamburger Medienunternehmer erhält hohe Auszeichnung für sein gemeinnütziges Engagement

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler hat heute das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an Frank Otto überreicht. Bundespräsident Joachim Gauck hatte Herrn Otto diese hohe Auszeichnung im Oktober 2012 verliehen.

Der gebürtige Hamburger Frank Otto ist der zweitälteste Sohn vom Gründer des Otto-Versandes, dem im Dezember 2011 verstorbenen Werner Otto. Neben seinem Wirken als Medienunternehmer und Künstler engagiert sich Frank Otto seit vielen Jahren ehrenamtlich.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Frank Otto hat sich auf vielfältige Weise im kulturellen Bereich um das Gemeinwohl verdient gemacht. Die großzügige und bereitwillige Förderung zum Erhalt des «Eventim Popkurses» an der Hochschule für Musik und Theater oder die Beteiligung an der Realisierung des Beatles-Platzes sind sichtbare Beispiele für das uneigennütziges Engagement Frank Ottos. Mit der Verleihung des Verdienstkreuzes am Bande wird ihm ausdrücklich gedankt.“

Auch unterstützt Frank Otto einzelne Künstler, was einer breiteren Öffentlichkeit in aller Regel verborgen bleibt, jedoch nicht weniger charakterisierend ist. Frank Otto hat auch maßgeblich am Aufbau von „Hamburg Leuchtfener“ und der „Leuchtfener Stiftung“ mitgewirkt. „Hamburg Leuchtfener“ trägt auf verschiedenen Ebenen dazu bei, den Umgang mit Krankheit, Sterben und Tod menschlicher und menschenwürdiger zu gestalten und hierfür ein Bewusstsein in der Bevölkerung zu schaffen.

Bei der feierlichen Übergabe des Verdienstordens im Turmsaal des Rathauses war neben der Familie und weiteren wichtigen Wegbegleitern Frank Ottos unter anderem der Präsident der Hochschule für Musik und Theater, Prof. Elmar Lampson anwesend. Er hatte die Auszeichnung offiziell angeregt.

Rückfragen:

Enno Isermann

Pressestelle der Kulturbehörde

040 / 42824 – 207

enno.isermann@kb.hamburg.de

08.02.2013/kb08

Prof. Weiss als Direktor des Helms-Museums bestätigt

Thorsten Pück übernimmt neben dem Museum für Völkerkunde auch die kaufmännische Geschäftsführung des Helms-Museums

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler und Prof. Rainer-Maria Weiss haben heute einen Vertrag unterzeichnet, mit dem Prof. Weiss für weitere fünf Jahre zum Direktor des Helms-Museums in Harburg bestellt wird. Zudem wird Thorsten Pück zunächst für zwei Jahre zusätzlich zum Museum für Völkerkunde auch die kaufmännische Geschäftsführung im Helms-Museum mit übernehmen. Prof. Weiss und Thorsten Pück werden gemeinsam den Vorstand der Stiftung Helms-Museum bilden.

Prof. Barbara Kisseler freut sich über die gefundene Lösung: „Prof. Weiss hat in den vergangenen Jahren mit hohem Engagement das Helms-Museum weiterentwickelt. Zusammen mit Thorsten Pück hat das Helms-Museum jetzt eine sehr professionelle Leitung, mit der das Helms-Museum den Weg in die Selbständigkeit erfolgreich schaffen wird.“

Die Bürgerschaft hatte im Dezember 2012 beschlossen, das Helms-Museum zum 1. Januar 2013 aus dem Verbund der Stiftung Historische Museen Hamburg auszugliedern und wieder in eine selbständige Stiftung öffentlichen Rechts zu überführen. Die Leitung des Helms-Museums umfasst die Aufgabenbereiche des Archäologischen Museums Hamburg, des Stadtmuseums Harburg sowie die Bodendenkmalpflege für die Freie und Hansestadt Hamburg und für den Landkreis Harburg.

Prof. Rainer-Maria Weiss ist 1966 in Neuburg/Donau geboren. Der Archäologe ist seit 2003 Direktor des Helms-Museums. Zuvor war er unter anderem Kustos am Berliner Museum für Vor- und Frühgeschichte.

Thorsten Pück ist 1963 in Hamburg geboren. Der Diplom Verwaltungswirt ist seit 2007 kaufmännischer Geschäftsführer im Museum für Völkerkunde.

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann

Pressestelle der Kulturbehörde

Tel.: 040 / 428 24 – 207

E-Mail: Enno.Isermann@kb.hamburg.de

Neue „Lotse 4“ getauft

Weiteres Lotsenboot / Leichte Aluminiumweise für geringeren Treibstoffverbrauch

Hamburg, 04. Februar 2013/04 – Am Montagvormittag hat die Hamburg Port Authority (HPA) die neue „Lotse 4“ getauft. Der knapp 18 Meter lange Neubau in Aluminiumbauweise wird als Lotsenversetzboot eingesetzt. Taufpatin war Cordula Ortmann, Mitarbeiterin der Hafenslotsenbrüderschaft.

Das Oberhafenamt der HPA wird das neue Wasserfahrzeug dafür einsetzen, Lotsen zu einem Schiff bei der Hafenansteuerung zu transportieren oder beim Auslaufen des Schiffes aus dem Hamburger Hafen den Lotsen nach dem Erreichen des offenen Gewässers wieder zurück zu bringen. Die „Lotse 4“ ist eines von nunmehr vier Lotsenbooten.

Die „Lotse 4“ verfügt u.a. über eine Flussradaranlage mit Radarpilot, GPS, AIS, Selbststeueranlage, Klimaanlage, zwei UKW-Funkanlagen sowie Echolot.

Senator Frank Horch, der bei der Taufe dabei war, sagte: „Mit dem Einsatz der „Lotse 4“, einem weiteren modern und umweltfreundlich ausgestatteten Lotsenboot, stellt Hamburg erneut seine Vorreiterrolle in Sachen Nachhaltigkeit unter Beweis.“

HPA-Geschäftsführer Jens Meier meint: „Mit der „Lotse 4“ verfolgen wir konsequent unser Ziel, unsere Fahrzeuge umweltfreundlicher zu machen. Emissionen zu vermeiden, ist ein zentrales Thema der HPA.“ Seit 2009 fährt die Schiffsflotte der HPA mit schwefelfreiem Treibstoff. Zudem sind auch viele öffentliche Liegeplätze für Binnenschiffe und andere Serviceschiffe im Hafen mit Landstromanschlüssen ausgerüstet.

„Dank der leichten Aluminiumbauweise und der Rumpfgeometrie der „Lotse 4“ wird ein frühes „Angleiten“ des Bootes ermöglicht. So können wir den Treibstoffverbrauch infolge des geringen Widerstands im Wasser senken“, so Hafenskapitän Jörg Pollmann.

Über die „Lotse 4“

Die Schiffswerft Hermann Barthel GmbH hat die Barkasse in neun Monaten gebaut. Das Schiff kostete rund 1,7 Millionen Euro. Die Kiellegung erfolgte im April 2012. Die „Lotse 4“ hat eine Länge von 17,97 Metern und eine Breite von 4,82 Metern. Die Besatzung besteht aus einem Schiffsführer und einem Schiffsmechaniker. Das Schiff ist mit zwei Dieselmotoren mit jeweils 360 kW, zwei Schiffswendegetriebe und einer hydraulischen Ruderanlage ausgerüstet. Die Lotse 4 schafft eine Geschwindigkeit von 20 Knoten (37 km/Stunde).

Um den Ausstoß von Emissionen zu reduzieren, wurden Antriebsmotoren ausgewählt, welche die neuesten, gesetzlich geforderten Abgaswerte noch um 30% unterschreiten.

Anstelle einer konventionellen Ölschmierung der Propellerwellen wurde eine mit Wasser geschmierte Lagerung der Antriebswellen vorgesehen. Dadurch wird eine Verunreinigung des Fahrwassers ausgeschlossen

Technische Daten

Länge über Alles:	17,97 m
Breite über Alles:	4,82 m
Tiefgang:	1,25 m
Verdrängung:	25,00 m ³
Max. Geschwindigkeit:	20,00 Knoten
Besatzung:	ein Schiffsführer und ein Schiffsmechaniker
Antriebsanlage:	zwei Dieselmotoren mit jeweils 360 kW bei 1800 min ⁻¹ , zwei Schiffswendegetriebe, hydraulische Ruderanlage
Ausrüstung:	u.a. Flussradaranlage mit Radarpilot, GPS, AIS, Selbststeueranlage, Klimaanlage, zwei UKW-Funkanlagen, eine Betriebsfunkanlage, Echolot

Ein Pressebild der Taufe und der Barkasse lassen wir Ihnen auf Anfrage an pressestelle@hpa.hamburg.de gern zukommen.

Die Hamburg Port Authority betreibt seit 2005 ein zukunftsorientiertes Hafenmanagement aus einer Hand. Als Anstalt öffentlichen Rechts ist die HPA verantwortlich für die effiziente, Ressourcen schonende und nachhaltige Vorbereitung und Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen im Hafen. Die HPA ist Ansprechpartner für alle Fragen der wasser- und landseitigen Infrastruktur, der Sicherheit des Schiffsverkehrs, der Hafenbahnanlagen, des Immobilienmanagements und der wirtschaftlichen Bedingungen im Hafen. Dazu stellt die HPA die erforderlichen Flächen bereit und übernimmt alle hoheitlichen Aufgaben und hafenwirtschaftlichen Dienstleistungen.
www.hamburg-port-authority.de

Pressekontakt: HPA Hamburg Port Authority | Pressestelle | Tel.: +49 40 42847-2300 | pressestelle@hpa.hamburg.de

Neubau der Hafentbahn feiert Richtfest

Erstes Bürogebäude Hamburgs im Passivhaus-Standard / Umweltfreundlichkeit durch Solardach und Wärmetauscher

Hamburg, 05. Februar 2013/hpa05 – Die Hamburg Port Authority (HPA) feiert Richtfest auf der Spreehafeninsel. Auf dem Gelände an der Brandenburger Straße am neu geschaffenen Rundweg um die Spreehafeninsel wird derzeit der Neubau für den Hafentbahn Standort als erstes Bürogebäude Hamburgs im Passivhaus-Standard errichtet. Die Klinkerfassade des alten Bürogebäudes blieb dabei erhalten und wurde in den Neubau integriert. 3,3 Millionen Euro investiert die HPA in den Bau, Ende Mai 2013 soll das Gebäude fertiggestellt sein.

„Mit dem Neubau unseres Hafentbahnstandorts gehen wir mit gutem Beispiel voran und zeigen, dass auch außerhalb des Wohnungsbaus energieeffizientes Bauen möglich ist. Wir freuen uns zudem, dass unser Neubau als IBA-Exzellenzprojekt zum Leitthema ‚Stadt im Klimawandel‘ ausgewählt wurde“, sagt HPA-Geschäftsführer Jens Meier.

Die Stahlbeton-Skelettkonstruktion mit Wärmedämmverbundsystem wird künftig sowohl Technikräume sowie Büro- und Sozialräume beinhalten. Um den Energiestandard zu erreichen, wurde beim Bau auf eine optimale Dämmung der Gebäudehülle, den Einbau besonderer Fenster und eine Reduzierung des Lüftungswärmeverlustes geachtet. Zudem ist das Gebäude mit einer kontrollierten Lüftungsanlage samt Wärmerückgewinnungsanlage ausgestattet. Die Gründungspfähle werden gleichzeitig zur Gewinnung von Erdwärme genutzt.

„Der Spreehafen öffnet sich behutsam. Mit der Öffnung des Zollzauns Anfang des Jahres, dem neuen Fähranleger und den neuen Fahrradwegen der HPA ist er nun auch aus anderen Stadtteilen gut erreichbar“, sagt Uli Hellweg, Geschäftsführer der IBA Hamburg.

Fakten zum Neubau:

Größe:	1.845 m ² Bruttogeschossfläche
Gesamtbaukosten:	3,3 Mio. Euro
Baubeginn:	Juli 2012
Geplante Fertigstellung:	Mai 2013
Energiestandard:	Passivhaus
Energieversorgung:	Wärmepumpe mit Nutzung der Erdwärme über aktivierte Gründungspfähle, Produktion des Stroms über eine Photovoltaikanlage auf dem Werkshallendach

Die Hamburg Port Authority betreibt seit 2005 ein zukunftsorientiertes Hafenmanagement aus einer Hand. Als Anstalt öffentlichen Rechts ist die HPA verantwortlich für die effiziente, Ressourcen schonende und nachhaltige Vorbereitung und Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen im Hafen. Die HPA ist Ansprechpartner für alle Fragen der wasser- und landseitigen Infrastruktur, der Sicherheit des Schiffsverkehrs, der Hafenanlagen, des Immobilienmanagements und der wirtschaftlichen Bedingungen im Hafen. Dazu stellt die HPA die erforderlichen Flächen bereit und übernimmt alle hoheitlichen Aufgaben und hafenwirtschaftlichen Dienstleistungen.
www.hamburg-port-authority.de

Pressekontakt: HPA Hamburg Port Authority | Pressestelle | Tel.: +49 40 42847-2300 | pressestelle@hpa.hamburg.de

[Internationale Bauausstellung IBA Hamburg GmbH](http://www.iba-hamburg.de) | Am Zollhafen 12 | 20539 Hamburg | www.iba-hamburg.de
Pressekontakt: Rainer Müller | Tel.: +49 40 226 227 – 335 | presse@iba-hamburg.de

Terminkalender

Vom 11. Februar bis 17. Februar 2013

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 11.02.2013

- 14:00** Haus der Wirtschaft, Kapstadtring 10
Senator Detlef Scheele spricht bei der **Worklife-Fachtagung "Familienfreundlichkeit als Erfolgsfaktor im Fachkräftewettbewerb"** ein Grußwort.
- 18:00** Handelskammer, Merkur-Zimmer
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich der **Verleihung des Kurt-Hartwig-Siemers-Wissenschaftspreises** ein Grußwort.
- 19:00** Fairmont Hotel Vier Jahreszeiten, Neuer Jungfernstieg 9-14
Senatorin Jana Schiedek hält einen Vortrag **„Mehr Wert mit Frauen – moderne Gleichstellungspolitik für Hamburg“** beim Verband deutscher Unternehmerinnen.

Dienstag, den 12.02.2013

- 11:30** Rathaus, Phönixsaal
Senator Ties Rabe unterzeichnet mit einer **Delegation des Kosovo eine Kooperationsvereinbarung zur Gründung eines „ Instituts für Berufliche Bildung „ im Kosovo.**
- 16:00** Rathaus, Phönixsaal
Staatsrat Wolfgang Schmidt spricht ein Grußwort anlässlich der **Vorstellung des ITALIEN-Ligurien-Festivals beim 824. Hafengeburtstag Hamburg.**
- 19:00** Congress Centrum Hamburg (CCH) – Saal 6
Senator Detlef Scheele hält anlässlich der Veranstaltung **„Inklusion - eine Herausforderung für Zivilgesellschaft und Politik“** der Patriotischen Gesellschaft eine Rede.

Mittwoch, den 13.02.2013

- 08:30** Berenberg Bank , Neuer Jungfernstieg 20
Senator Dr. Peter Tschentscher hält bei der **Veranstaltung „ Europa- Frühstück“** eine Rede.
- 12:00** Foyer des Elbcampus Kompetenzzentrum Handwerkskammer Hamburg, Zum Handwerkszentrum 1
Senatorin Jana Schiedek besucht die **Berufe-Rallye „Mädchenwirtschaft“** der Handwerkskammer Hamburg.
- 14:00** Rathaus, Bürgermeistersaal
Senatorin Jana Schiedek spricht ein Grußwort anlässlich der **Vereidigung des neuen Lehrgangs für den Allgemeinen Vollzugsdienst.**
- 19:00** Kanzlei Taylor Wessing, Am Sandtorkai 41

Staatsrat Dr. Nikolas Hill hält im Rahmen der Veranstaltungsreihe „**Talk bei Taylor Wessing**“ einen Vortrag zum Thema „**Kulturpolitik in Hamburg**“ vor Studenten der Bucerius Law School.

Donnerstag, den 14.02.2013

- 09:00** Dorint Hotel, Martinistraße 72
Senator Frank Horch spricht ein Grußwort zur Eröffnung der „**Hamburg Aviation Conference 2013**“.
- 10:00** Berlin, Landesvertretung Rheinland-Pfalz, In den Ministergärten 6
Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt an der **Konferenz „Wohlstand von morgen. Wege zu einem nachhaltigen Wirtschaftsmodell“** teil.
- 11:00** Miniaturwunderland, Kehr wieder 4
Bürgermeister Olaf Scholz eröffnet die **Sonderausstellung anlässlich des Jubiläums „100 Jahre DLRG“** mit einem Grußwort.
- 12:00** CCH, Hamburg
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht ein Grußwort anlässlich des **5. rehaKIND Kongresses**.
- 15:00** Imtech Arena, Sylvesterallee 7
Senatorin Jutta Blankau spricht ein Grußwort beim **Landesverbandstag des Bundesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e.V. (BFW), Landesverband Nord** und nimmt ebenfalls an der anschließenden Diskussionsrunde teil.

Staatsrat Michael Sachs nimmt teil.
- 17:00** E.ON Hanse, Schlesweg-HeinGas-Platz 1, 25451 Quickborn
Bürgermeister Olaf Scholz diskutiert im Rahmen des **Energiepolitischen Trilogs** mit dem Ministerpräsidenten Schleswig-Holsteins, Thorsten Albig, sowie dem Vorstandsvorsitzenden der E.ON Hanse AG, Dr. Johannes Teyssen, über aktuelle Fragen der Energiepolitik.

Senator Dr. Peter Tschentscher und Staatsrat Jens Lattmann nehmen teil.
- 18:00** Grand Elysée Hotel Hamburg, Rothenbaumchaussee 10
Senatorin Jana Schiedek spricht ein Grußwort anlässlich der **Eröffnung des Norddeutschen Insolvenzrechtstages**.
- 18:00** Körber-Forum, Kehr wieder 12
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich der **Vorstellung einer interdisziplinären Forschungsinitiative von Tropenmedizin und Ökonomie** (gemeinsame Veranstaltung des Bernhard-Nocht-Instituts und des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts) ein Grußwort.
- 19:00** Vicelin-Gemeindehaus, Saseler Markt 8
Senatorin Prof. Barbara Kisseler stellt das **Buch „Zitterpartie“ des SPIEGEL-Autoren Stefan Berg** vor.

Freitag, den 15.02.2013

- 08:45** Handwerkskammer Hamburg, Holstenwall 12
Senatorin Jutta Blankau hält einen Vortrag anlässlich der **Fachtagung des Fachverbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Hamburg e.V.**
- 11:00** Messeplatz 1
Senator Michael Neumann hält anlässlich der **Eröffnung der Hanse Golf 2013** eine Rede.
- 11:00** Auf der Baustelle Finkenau 35, Kunst- und Mediacampus Finkenau
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich der **Grundsteinlegung für den Erweiterungsbau auf dem Kunst- und Mediacampus Hamburg** ein Grußwort.

Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn nimmt teil.
- 12:00** Elbkuppel im Hotel Hafen Hamburg, Seewartenstr. 9
Senator Ties Rabe nimmt an der **Podiumsdiskussion "Bildungsgerechtigkeit" von dem Arbeitgeberverband Nord Metall** teil.
- 12:00** Gästehaus des Senats, Schöne Aussicht 26
Senator Dr. Peter Tschentscher spricht anlässlich des Senatsempfangs zum **Besuch der französischen Fregatte „PRIMAUGUET“** ein Grußwort.
- 13:00** Handelskammer Hamburg, Adolphsplatz 1
Staatsrat Dr. Nikolas Hill spricht ein Grußwort anlässlich der **Eröffnung der 3. Europäischen Fachtagung „Kunst und Behinderung – Vision On“**.
- 14:00** Leben mit Behinderung, Südring 36
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht anlässlich der **Auftaktveranstaltung Werdenfelser Weg „Reduzierung von freiheitsentziehenden Maßnahmen in der Pflege“** ein Grußwort.
- 15:00** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Olaf Scholz trifft den **Botschafter der Volksrepublik China, Shi Mingde**, zum Antrittsbesuch.

Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt teil.
- 16:00** Rathaus, Phönixsaal
Bürgermeister Olaf Scholz hält anlässlich der **Einbürgerungsfeier** eine Rede.
- 18:00** Feuerwehrhaus, Durchdeich 62
Senator Michael Neumann hält anlässlich der **Einweihung des Feuerwehrhauses Warwisch und Fünfhausen** eine Rede.
- 18:00** Museum für Völkerkunde, Rothenbaumchaussee 64
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht bei einem Empfang anlässlich des **Nationalfeiertages der Republik Serbien** ein Grußwort.
- 18:00** Restaurant Ni Hao, Wandsbeker Zollstr. 25
Staatsrat Wolfgang Schmidt spricht ein Grußwort anlässlich des **Chinesischen**

Frühlingsfestes 2013 sowie des 40-jährigen Gründungsjubiläums der Hamburger China-Gesellschaft e.V.

Samstag, den 16.02.2013

09:30 Ramada Hotel, Holzhude 2
Senatorin Jutta Blankau spricht anlässlich der **Bezirksdelegiertenkonferenz IG Bergbau, Chemie, Energie** ein Grußwort.

18:30 Kempinski Hotel Atlantik, An der Alster 72-79
Senatorin Jana Schiedek spricht als Schirmherrin ein Grußwort anlässlich der Eröffnung des **57. Hamburger Juristenballs**.

Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nimmt teil.

Sonntag, den 17.02.2013

12:00 Volksbankarena, Hellgrund 50
Senator Dr. Peter Tschentscher nimmt an der **Veranstaltung „Politik und Sport“**, teil.

18:00 Staatsoper
Senator Ties Rabe und Staatsrat Dr. Michael Voges besuchen die **Premiere von „La Traviata“**.